

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Konsequent gegen Extremismus: Antiextremistischen Konsens stärken - Extremismus hat keinen Platz in der Berliner Stadtgesellschaft!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, auf der Basis eines antiextremistischen Konsenses alle Maßnahmen zu treffen, die zum Schutze unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung erforderlich sind. Kooperationen mit Personen oder Vereinigungen aus dem extremistischen Spektrum sind in jeder Form auszuschließen. Jegliche staatliche Förderung extremistischer Organisationen ist zu unterlassen. Straftaten mit extremistischem Hintergrund sind effektiv zu bekämpfen. Dabei sind alle Formen des Extremismus gleich zu behandeln.

Begründung

Politisch motivierte Straftaten haben wieder Hochkonjunktur in Deutschland, auch in Berlin. Allerorten werden Menschen beleidigt, bedroht und auch körperlich verletzt. Autos werden angezündet, Bürogebäude beschädigt, Häuser besetzt. Zunehmend ereignen sich die genannten Straftaten auch innerhalb der Privatsphäre gesellschaftlich aktiver Menschen. Gerechtfertigt wird all dies immer häufiger mit der Notwendigkeit, sich gegen das bestehende gesellschaftliche System zur Wehr zu setzen. Es bestünden Notlagen, die extreme Maßnahmen notwendig machten.

Der beschriebenen Entwicklung müssen wir uns alle entschieden entgegenstellen. Straftaten sind im demokratischen Rechtsstaat nicht zu rechtfertigen, auch nicht als Form der politischen Auseinandersetzung. Wer dies nicht akzeptiert, der wendet sich aktiv gegen unsere demokratische und rechtsstaatliche Ordnung und verhält sich damit verfassungsfeindlich. Er verlässt das demokratische und betritt das extremistische Spektrum im politischen Raum. Extremismus hat

jedoch keinen Platz in unserer Gesellschaft. Extremistische Positionen sind in unserer Stadt zu Recht weitgehend stigmatisiert: Demokratische Parteien und Organisationen distanzieren sich von Personen, die extremistisches Gedankengut vertreten. Demokraten arbeiten mit extremistischen Organisationen aus gutem Grund nicht zusammen, auch nicht punktuell. Dieses Vorgehen ist Teil eines breiten zivilgesellschaftlichen Konsenses, der sich über viele Jahre entwickelt und bewährt hat. Auch die meisten Medien bieten Extremisten nicht unreflektiert eine Bühne. Die Regel ist vielmehr eine kritische Einordnung von Standpunkten. Extremistischer Propaganda wird faktenbasiert entgegengetreten. Auch der demokratische Rechtsstaat selbst trägt mit seinen Organen zur Wehrhaftigkeit unserer Demokratie bei. Extremistische Bestrebungen stehen unter staatlicher Beobachtung. Straftaten mit extremistischem Hintergrund werden mit einer besonderen Intensität vom polizeilichen Staatsschutz verfolgt.

Bei den beschriebenen Mechanismen handelt es sich um einen gesellschaftlichen Prozess der Grenzziehung, der sich in den vergangenen Jahren der Bundesrepublik bewährt hat. Deutschland hat sich in einer bewussten Entscheidung nach dem Ende der NS-Diktatur für den Weg einer wehrhaften Demokratie entschieden, die das Handeln und Erstarken ihrer Feinde nicht zulässt. Diesen Weg setzt das wiedervereinigte Deutschland auch nach der Diktaturerfahrung in der DDR fort. Trotz des hohen Stellenwerts der Meinungsfreiheit in unserer Gesellschaftsordnung haben extremistische Positionen bei uns keinen Platz. Hierin liegt eine der entscheidenden Lehren aus den Fehlern der Weimarer Republik. Der freiheitliche demokratische Rechtsstaat stellt sich selbst nicht mehr zur Disposition.

Vor diesem Hintergrund bereiten einige Entwicklungen der letzten Jahre Sorge. In zunehmendem Maße schaffen es extremistische Akteure, eine Entgrenzung ihrer Positionen zu erreichen. Immer häufiger gelingt es ihnen, mit extremistischen Positionen Anschluss an gesellschaftliche Debatten zu finden. Teilweise drohen die Grenzen zwischen Extremisten und normalen Bürgern zu verschwimmen. Dieser besorgniserregende Befund gilt für alle Phänomenbereiche des Extremismus. Rechts- und Linksextremisten, aber auch Islamisten versuchen, breit diskutierte oder akzeptierte Themen zu besetzen, um Teil gesellschaftlich geführter Diskurse zu werden. Dabei schlagen die Extremisten gezielt Brücken zu nicht extremistischen Milieus. So entstehen Mischszenen, in denen Extremisten und Nichtextremisten gemeinsam agieren. Die gesellschaftliche Strategie der Ausgrenzung extremistischer Positionen wird damit unterlaufen.

Dieser Entwicklung ist von allen Demokraten entschieden entgegenzutreten. Am Anfang muss hier eine gemeinsame Definition und Festlegung bestehender Grenzen stehen. Nicht jede Äußerung und schon gar nicht jede Aktivität von Extremisten müssen hingenommen werden. In keinem Fall darf es Verständnis für extremistische Positionen geben. Der freiheitliche demokratische Rechtsstaat muss hier klare Grenzen ziehen und Bestrebungen, die ihm schaden wollen, entgegenreten. Hierfür brauchen wir als Gesellschaft einen antiextremistischen Konsens, der jedwede Kooperation mit Extremisten ausschließt, ganz gleich ob es sich um Rechtsextremisten, Linksextremisten oder islamistische Extremisten handelt.

Berlin, 3. März 2020

Dregger Lenz
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU